



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/277 - 29.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59

Fernschreiber 039 890

Gewerkschaften und Politik	S. 1
Arabischer Druck auf Frankreich	S. 4
Buttenwiesers "Überraschung"	S. 6

Gewerkschaften - Staat im Staate ?

Von Ludwig Rosenberg

Mitglied des Bundesvorstandes des DGB

Seit einigen Monaten wird in der Presse die Frage diskutiert, ob die Gewerkschaften in der jüngsten Zeit durch die Wahl ihrer Mittel und die Art ihrer Zielsetzung über den Rahmen der Interessenorganisation der Arbeitnehmer hinausgewachsen seien und schließlich zu einem Staat im Staate geworden sind. Dabei wird sachlich-nüchtern, aber auch ausfallend argumentiert, wie z.B. im Falle Dehler.

Sind die Gewerkschaften also ein "Staat im Staate"? Gefährden sie die Demokratie?

Die Gewerkschaften sind Organisationen, die sich zur Aufgabe stellen, die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Mitglieder zu bessern. In ihnen findet sich die zahlen- und bedeutungsmäßig größte Bevölkerungsgruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen zusammen. Die in dieser Gruppe Unorganisierten, von denen man so gern spricht, spielen im Vergleich zur Gewerkschaftsbewegung genau dieselbe Rolle, wie die Partei der Nichtwähler im Hinblick auf die politischen Parteien, also eine verschwindend geringe.

Die Gewerkschaften haben gewisse unbestrittene Aufgaben zu erfüllen: Sie haben die Lohn- und Gehaltsbedingungen zu regeln, die Arbeitsbedingungen zu fixieren und in Verhandlungen mit ihren sozialen Gegenspielern alles das zu tun, was man gemeinhin als ihre "traditionellen" Aufgaben bezeichnet.

Da sich aber die Gewerkschaften wie jede menschliche Organisationsform mit den Zeiten wandeln, so ergeben sich heute aus der Durchführung dieser traditionellen Aufgaben Konsequenzen, die sie sehr weit in das Gebiet der Politik - nicht der Partei-

Politik - hineinzuwingen. Ein Kegelerverein oder ein Schachklub kann absolut und im tatsächlichen Sinne "unpolitisch" sein. Eine Gewerkschaft kann das nicht. Jede Lohnforderung, jeder sozialpolitische Verstoß hat Auswirkungen auf die Wirtschafts- oder auch auf die Finanzpolitik - ja auf die Währungssicherheit des Landes, und die Folgen einer verhängnisvollen Wirtschaftspolitik können zu Inflation, Verarmung, selbst zur Revolution führen - also Wirkungen haben, deren ungeheure politische Bedeutung für Volk und Staat unverkennbar sind.

Das alles ist nirgendwo erwähnt, wenn von Gegnern der Gewerkschaften über heutige Gewerkschaftspolitik gesprochen und geschrieben wird. Angeführt werden vielmehr nur die Konsequenzen, die sich aus diesen Tatsachen ergeben - nämlich, daß die Gewerkschaften heute eine große Verantwortung für das gesamte Volk und nicht nur für die Gruppen tragen, die sie vertreten. In ein und demselben Atemzuge verlangt man, daß sich die Gewerkschaften nur um ihre "traditionellen" Aufgaben kümmern sollen - daß sie aber gleichzeitig Rücksicht auf Auswirkungen ihrer Forderungen zu nehmen hätten auf Gebieten, die ihrem Einfluß verschlossen bleiben müßten.

Die Widersinnigkeit dieses Verlangens wird offenbar, wenn man sich dessen bewußt wird, wahn eine solche Entwicklung führen würde. Sie würde die Gewerkschaften in die Rolle einer sozialpolitischen Heilsarmee verweisen, die zwar fordern dürfte, aber nicht einmal die Möglichkeit hätte, ihre Forderungen durchzusetzen - wie das z.B. immerhin in den Vereinigten Staaten von den Gewerkschaften getan wird. Sie würde andererseits zu einer Art industrieller Feuerwehr werden, die immer bereit sein muß, die Feuer auszulöschen, die ohne ihre Mitwirkung von anderen verursacht wurden. In beiden Fällen würde es sich um ein Musterbeispiel der Sozialisierung der Verluste handeln.

Wenn die Gewerkschaften also aus der Verantwortung, die ihnen als Folge wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen zugefallen ist, das Recht auf Mitbestimmung in der Wirtschaft und Mitbeeinflussung der Wirtschaftspolitik fordern, so ziehen sie nur die selbstverständliche Konsequenz, daß man nur das verantworten kann, an dessen Gestaltung man zumindest beteiligt war. Damit aber treten die Gewerkschaften als politischer Faktor im Leben des Staates auf und wenn die einen diesen Zustand bedauern - die anderen ihn begrüßen mögen - so ändert das nichts an der Tatsache, daß er den gewordenen Verhältnissen entspricht.

Die Gewerkschaften haben weder den Wunsch noch die geheime Absicht, ein Staat im Staate zu sein oder zu werden. Sie wollen Regierung und Parlament aus der ihnen übertragenen Verantwortung nicht entlassen. Sie wollen auch keine Auflösung der parlamentarischen Demokratie in die Formen eines Ständestaates oder einer Gruppenherrschaft - sie wollen auch nicht allein ihre Interessen ohne Rücksicht auf andere Volksgruppen durchsetzen.

Wer irgendwo etwas derartiges behauptet, ist töricht, böswillig - oder beides.

Auch die Demokratie, die heute von allen denen "verteidigt" wird, die von 1933 und vorher an ihrem Untergange emsig tätig waren, wird von den Gewerkschaften nicht bedroht. Die Gefahr für demokratische Regierungs- und Lebensformen kommt gerade von jenen, die sich heute als "Hüter demokratischer Rechte" aufspielen.

Sie sorgen dafür, daß durch eine törichte reaktionäre Wirtschaftspolitik, durch eine geplante Planlosigkeit jene Zustände wiederhergestellt werden, die den Glauben an demokratische Lebensformen im Volke untergraben. Der Mangel an sozialer Einsicht in der Regierungsführung, das Ziel, die Zukunft eine erneuerte Vergangenheit sein zu lassen, die Wiedereinrichtung der Reaktionäre und ihrer Methoden treiben die Massen der Werktätigen zur Verzweiflung. Es war noch niemals so, daß eine Staatsform in Gefahr geriet, wenn die Regierenden verstanden, ihre Pflicht zu tun, d.h. möglichst sozial gerechte und erträgliche Zustände für alle zu schaffen. Jede Revolution war nichts anderes, als eine Quittung für die Unfähigkeit oder Böswilligkeit der verantwortlichen Herrschenden - und die Frage des August von Sachsen "Ja, dürfen die denn das?" war gewiß keine gültige Lösung der Probleme.

Wenn die Gewerkschaften mit aller Deutlichkeit und sogar mit gewissem Druck die Verantwortlichen an ihre Pflicht gemahnen, wenn sie ihnen die Gefahren verfehlter Politik deutlich und unmißverständlich klarzumachen versuchen, so erfüllen sie damit eine Pflicht, die gerade aus ihrem Verantwortungsgefühl für die Sicherheit und den Fortbestand demokratischer Staats- und Lebensformen kommt. Mit anderen Worten: Weil sie verhindern wollen, daß durch verfehlte Politik die Massen, ohne oder gar gegen die man in einer Demokratie nicht regieren kann, zum Staat im Staate und zur Gefahr für die Staatsform werden, haben sie die Pflicht, erschrocken und verantwortungsbewußt dafür zu sorgen, daß die demokratischen Einrichtungen vor verhängnisvollen Fehlern gewarnt werden.

Eine Pflicht, die jeder wahre demokratische Bürger sich nicht nehmen lassen darf, soll die Demokratie nicht in kaltem Formalismus erstarren - und schließlich daran zugrunde gehen.

+ + +

Spannungen in der Französischen Union

F. - Paris

Die drei wunden Punkte der Französischen Union, Indochina, Tunesien und Marokko befinden sich wieder einmal gleichzeitig auf der nationalen und internationalen Tagesordnung. Die arabische Liga versucht, die marokkanische Unabhängigkeit zu einem neuen Streitpunkt der Vereinten Nationen zu machen. Frankreich hat hinter den Kulissen erhebliche Schwierigkeiten, sich gegen die arabische Welt durchzusetzen, nicht zuletzt, weil die Vereinigten Staaten unverändert antikolonialistisch eingestellt sind und Paris in der UNO keineswegs so unterstützt, wie es die französische Regierung gerne wünschte.

In den letzten Monaten machten die Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vertretern Marokkos sowie Tunesiens kaum Fortschritte. Der Bey von Tunis und seine Berater wünschen für die Zukunft die Ernennung einer ausschließlich aus tunesischen Ministern zusammengesetzten Regierung unter weitgehender Aufhebung der französischen Vormundschaft, die Wahl eines rein tunesischen Parlaments, in dem die französischen Einwohner nur entsprechend ihrer Stimmen vertreten wären, sowie die stärkere Beteiligung von Arabern in der lokalen Verwaltung. Die marokkanischen Forderungen bewegen sich in gleicher Richtung mit dem Unterschied, daß der Sultan autokratischer ist als der Bey und infolgedessen die Frage der Unabhängigkeit stärker im Vordergrund steht als diejenige der demokratischen Organisation der Verwaltung.

Die französische Haltung gegenüber den nordafrikanischen Bestrebungen ist bis in die höchsten Regierungsinstanzen unentschlossen und uneinheitlich. Präsident Auriol, der verfassungsmäßig als Präsident der Französischen Union bei diesen Fragen ein stärkeres Mitspracherecht hat als bei innerfranzösischen Angelegenheiten, zumindest moralisch wenn nicht juristisch, Außenminister Schumann und auch Ministerpräsident Fleven sind der Ansicht, man müsse dem Sultan von Marokko und der keineswegs antifranzösischen, tunesischen Unabhängigkeitsbewegung ausreichende Zugeständnisse machen, wenn man

eine gefährliche Entwicklung vermeiden will. Sie glauben, man könne auch in Nordafrika das Rad der Zeit nicht aufhalten und empfehlen, aus den unglücklichen Erfahrungen in Indochina zu lernen. Gerade die letzten Forderungen der Regierung Bao Dai gelten als Warnung, denn danach verbliebe Frankreich nur noch das eine Recht, sein Blut und seine Substanz für die Bekämpfung des Kommunismus in Indochina zu opfern.

Auf der Gegenseite befinden sich die französischen Wirtschaftsinteressen in Tunesien und in Marokko, d.h. sowohl die dort ansässigen Siedler und Kaufleute, wie die großen Handelsgesellschaften, die auf der Aufrechterhaltung ihrer Monopolstellung bestehen. Ihre Haltung hat sich in den letzten Monaten versteift, weil sie sehr wohl die Richtung erkannten, aus der nunmehr der Wind weht. Bezeichnenderweise fordern sie die Abhaltung etwaiger Verhandlungen in Rabat und in Tunis, weil sie hoffen, in diesen beiden Städten die französischen Unterhändler in ihrem Sinne beeinflussen zu können, unter gleichzeitiger Einschüchterung der arabischen Partner. Sie vergessen nur dabei, daß sich durch derartige Methoden an der geschichtlich unvermeidlichen Entwicklung nichts ändern läßt und sie auf lange Frist nur die eine Gewißheit haben, alles zu verlieren, was sie heute so verbissen verteidigen. Innerhalb der Regierung wird die Politik der Unnachgiebigkeit hauptsächlich von den Volksrepublikanern und Verteidigungsminister Bidault, sowie von den Radikalsozialisten und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Queuille vertreten. Diese Haltung findet zudem die vorbehaltlose Billigung der Gaullisten, die Außenminister Schuman gerade aus seiner beabsichtigten nordafrikanischen Politik einen Strick drehen wollen.

Zwischen diesen Gegenpolen gibt es eine Mittelgruppe, die zwar die Notwendigkeit einer größeren Unabhängigkeit für Marokko und Tunesien erkennt, aber gleichzeitig zweifelt sie an der Fähigkeit der dort im Vordergrund stehenden Gesellschaftsgruppen, die beiden Gebiete in moderne und sozial lebensfähige Staaten zu verwandeln. Man erachtet es für bedenklich, die französische Herrschaft durch ein ausgesprochenes Chaos abzulösen und damit dem Kommunismus offensichtlich den Weg zu ebnen. Derartige Bedenken entbehren sicherlich nicht der Berechtigung, sie ändern jedoch nichts an dem offensichtlichen arabischen Willen, der inzwischen bereits auf die von ihren eigenen Landsleuten sozial noch ausgebeuteten, unteren Schichten übergriff. Bezeichnenderweise gelang es dem bisher als ausschließlich größtenteils bezeichneten Istiglal in der marokkanischen Gewerkschaft, fast sämtliche Führungsstellen zu besetzen, obwohl dieser Verband der französischen kommunistischen "CGT" angeschlossen ist. Die Vertreibung der kommunistischen Elemente aus der Leitung entsprach den Wünschen der Mitglieder. Es wird daher Frankreich nichts anderes übrig bleiben, als nach einem für beide Seiten tragbaren Ausgleich zu suchen, wenn es das indochinesische Erlebnis in Nordafrika nicht wiederholen will.

Im Zahlenrausch der Milliarden

ae. Nach Meinung des bisherigen stellvertretenden amerikanischen Hochkommissars, Benjamin Battenwieser, der nun nach den USA zurückkehren wird, müßte die Deutsche Bundesrepublik etwa 13 Mrd. DM im ersten Jahr zur Finanzierung eines deutschen Verteidigungsbeitrages aufbringen. Andere Schätzungen nennen den Betrag mit 17 Mrd. DM. Aber bleiben wir bei den 13 Mrd.: Das sind mehr als zwei Drittel aller gegenwärtigen Bundeseinnahmen. Dennoch glaubt Mr. Battenwieser, daß diese ungeheure Summe im Vergleich zu den übrigen Ländern durchaus zu vertreten sei. Allerdings werde das deutsche Volk "zusätzliche Opfer" bringen müssen. Es sei gar nicht daran zu denken, daß die sozialen Aufwendungen der Bundesrepublik, sowie ihre Hilfe für Berlin, auf die Verteidigungslasten angerechnet werden könnten.

Dieser erste halboffizielle Hinweis auf eine künftige deutsche Verteidigungslast hat seine Vorgeschichte. Einige Tage vorher hatte Bundeswirtschaftsminister Erhard versichert, wie hoch auch ein deutscher Verteidigungsbeitrag sein möge, er werde das deutsche Sozialgefüge nicht erschüttern. Wie man diesen Satz auch drehen und wenden mag, er läuft in seiner bestechenden Einfachheit darauf hinaus: Die Aufrüstungspostel der Bundesrepublik sind in ihrem Eifer bereit, alles zu geben, was von ihnen verlangt wird.

Lebt der deutsche Bundeswirtschaftsminister im Wolkenkuckuckshaus? Hat er nie etwas von der Atlantikpakt-Konferenz in Rom gehört, wo man einsah, daß das Tempo der Aufrüstung nicht beibehalten werden kann? Nie von den drückenden Sorgen Englands und Frankreichs? Beide Länder, im drohenden Würgegriff einer herannahenden Inflation, griffen zu drastischen Einfuhrbeschränkungen. Seit einem halben Jahr geht der innereuropäische Handel und der Welthandel ständig zurück, schrumpfen die Dollarreserven. England und Frankreich seufzen unter einer Bürde, die sie kaum zu tragen vermögen, und wenden sich hilfeschreiend an die USA.

Da kommt ein deutscher Bundesminister und will glauben machen, daß die Deutschen jeden Beitrag, wie hoch er auch sein wird, nur durch bloße Ausweitung ihrer Produktion zu entrichten vermögen. Was Wunder, wenn jetzt der Druck des Auslandes einsetzt, das Spiel mit den Milliarden beginnt und man der Bundesrepublik nun Lasten zumutet, die andere Völker ohne fremde Hilfe nicht zu tragen vermögen.

Verantwortlich: Peter Raunau